

## Jugendliche sollen Website aufmöbeln

**RAT** Kulturausschuss wird mit notwendigen Schritten betraut / Appenheim geht schuldenfrei ins neue Jahr

Von Sandra Bachmann

**APPENHEIM.** Die Appenheimer Jugendlichen sollen die Internetseite der Gemeinde neu gestalten und pflegen, jedenfalls, wenn es nach dem Wunsch der FDP-Fraktion geht. Ein entsprechender Antrag wurde im Gemeinderat angenommen, dass ein Projekt zusammen mit Appenheimer IT-Unternehmen aufgesetzt wird, die hoffnungslos veraltete Website [www.appenheim.de](http://www.appenheim.de) zu aktualisieren.

„Ein guter Internetauftritt ist heute die Visitenkarte einer Gemeinde“, erläuterte Johannes Knewitz (FDP) überzeugend. Guido Schweikert (SPD), der prinzipiell zustimmte, hatte Bedenken, dass sich nicht genug Jugendliche finden, die mehr machen wollten als ihre eigenen sozialen Netze zu pflegen. Über die Vorgehensweise wird im Kulturausschuss beraten und die notwendigen Schritte werden dann eingeleitet.

Die weihnachtliche Dekoration mit brennenden Kerzen und selbstgebackenen Plätzchen konnte nicht drüber hinwegtrösten, dass das Ergebnis der Offenlegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Hundertguldnerhof ein langatmiges Verlesen von Einwänden und Anregungen der Institutionen und Bürgern folgte, die alle einzeln beschlossen werden mussten.

Der Bebauungsplan wird die künftige Nutzung regeln, wie beispielsweise das Verbot von Häckseln von Holz in bestimmten Bereichen, die Erweiterung von Wohnbauten oder die Neuansiedlung von Gewerbe- und Handwerksbetrieben.

Die 2010 eingeführte Gestaltungssatzung der Gemeinde

kam auf den Prüfstand. Sie regelt bei Um- oder Neubauten im Ortskern, dass die charakteristischen Gestaltungsmerkmale eingehalten werden. Die Satzungsbeschränkung Bauherrn ein, so die Grundaussage des Antrags der FDP vom Februar dieses Jahres, so dass nach Beratungen mehrheitlich die ersatzlose Streichung beschlossen wurde.

Die Teilschreibung des regionalen Raumordnungsplans Rheinhessen-Nahe führte zu heftigen Diskussionen, die sich gegen diesen Plan richteten, der „für einen normalen Menschen völlig unverständlich geschrieben ist. Wir sollen das wohl nicht verstehen“, empörte sich Michael Grude (SPD). Das Gremium einigte sich darauf, die Fortschreibung abzulehnen und sich solidarisch mit der Nachbar-VG Sprendlingen-Gensingen zu erklären, die ein Klageverfahren eingeleitet hat.

Mittel für Friedhof

Völlig unspektakulär sieht der Haushalt für dieses und für nächstes Jahr aus: ohne Kommentare konnte der Haushalt beschlossen werden. Demnach geht Appenheim schuldenfrei in das nächste Jahr. Zwei Millionen Euro ist das Gesamtvolumen. Für die Neugestaltung des Friedhofs sind im nächsten Jahr 85 000 Euro eingestellt, bis 2018 wird sich die Summe auf 250 000 Euro belaufen, enthalten ist der Umbau der Aussegnungshalle inklusive Klimatisierung, eine Urnengräberwand und eine Neuorganisation des Abfallbereichs.

Für den Spielplatz Welzbachstraße werden 60 000 Euro bereitgestellt, und der Bauhof erhält einen neuen, gebrauchten Traktor und Mulcher für bis zu 30 000 Euro.

### AUF EINEN BLICK

## Stifte werden recycelt

**OCKENHEIM (gz).** Die Delfin-Klasse der Grundschule am Jakobsberg beteiligt sich am Stifte-Sammelprogramm der Firma TerraCycle. Damit wollen die Kinder dazu beitragen, alten Produkten, die sonst in Müllverbrennungsanlagen oder auf Mülldeponien landen würden, ein neues Leben zu geben und Umweltschutz und Nachhaltigkeit zu fördern. Die gesammelten Abfallprodukte werden von TerraCycle zu 100 Prozent recycelt. Gesammelt werden Kunststoffprodukte wie leere Kugel-

schreiber, Filzstifte, Fineliner, Füller, Druckbleistifte, Textmarker, Tippex-Fläschchen, Tintenlöcher und leere Tintenpatronen für Füller. Offizielle Sammelstelle ist die Grundschule am Jakobsberg, Mainzer Straße 67, Ockenheim, Erdgeschoss. Im Flur steht der Sammelbehälter, der an allen Werktagen von 7.45 bis 16 Uhr erreichbar ist. Für die gesammelten Produkte gibt es Sammelpunkte, die in Guthaben verwandelt und an eine gemeinnützige Organisation gespendet werden.

### LESER-FORUM

**Die Absage des als vorweihnachtliche Sternstunde gedachten Konzertes des Meisterschloßes vom MGW Weiler in Waldalgesheim beschäftigt diesen Leser.**

### Klasse statt Masse

Es war nur eine kleine Meldung, doch dafür an prominenter Stelle der „Mainz-Bingen“-Seite und mit brisantem Inhalt: Die Sparkasse Rhein-Nahe sagt das Konzert des Männerchores Weiler in Waldalgesheim (!) ab. Und das nicht etwa, weil Waldalgesheimer Interessierte an volktümeler Sangeskunst die „Meistersinger“ aus der Nachbargemeinde schlicht boykottierten und der Kartenvorverkauf stockte. Nein: Vielmehr gäbe es zu viele Weihnachtsveranstaltungen, so die glanzlose Erkenntnis der Verantwortlichen.

Ist das etwa der Beginn einer

kritischen Überprüfung von Quantitäten im lokalen Kulturangebot? Werden nun weitere Jahreszeiten und der Feiertage der hiesigen Bevölkerung auf den Prüfstand gestellt? Werden möglicherweise die Sponsorengelder für wetteifernde Karnevals-„hochburgen“dörfer samt ihren Vereinen gekürzt? Die Motorsportclubs, Kindergartenfördervereine, Kerbeclubs und dergleichen auf finanzielle Schonkost gesetzt? Es wäre zumindest nicht das Schlechteste, wenn durch einfaches Ausbleiben von Geld der propensiven Veranstaltungskalender unserer Gemeinden gelichtet und so einer Konzentration auf Wesentliche Platz gemacht würde. Denn oft gewinnt dann die „Klasse“, wenn die „Masse“ schwindet!

Ulrich Knipping  
Weiler

## Stromautos subventionieren

**MOBILITÄTSPLAN** Horweiler Verein legt Bundesregierung Programm zur Förderung erneuerbarer Energien vor

Von Nicholas Steinberg

**HORWEILER.** Im Jahr 2014 lag der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch bei 27,8 Prozent. Bei Automobilen hingegen beträgt der Anteil der Elektrofahrzeuge gerade mal 0,2 Prozent. Dies deutlich zu ändern, hat sich Eckhard Fahlbusch aus Horweiler in den Kopf gesetzt.

„Ein nachhaltiges Förderprogramm, das die Mehrkosten auffangen würde, die dem Verbraucher entstehen, könnte der Elektromobilität zum Marktdurchbruch verhelfen“, ist sich der Erste Vorsitzende des Vereins Energie-Offensive Rhein-Main (EnORM), sicher. Und genau deshalb hatten Fahlbusch und EnORM mit Blick auf den Weltklimagipfel in Paris der Bundesregierung einen Programmentwurf zur Förderung der Elektromobilität vorgelegt.

„Glaubwürdige Lösung“

0,2 Prozent, das sind rund 108 000 Hybrid- und um die 19 000 Voll-Elektrofahrzeuge; 2009 waren es knapp halb so viele. Nur ein gemeinsames Förderprogramm von Wirtschaft und Politik könne der Elektromobilität zum Marktdurchbruch verhelfen, glaubt der 58-jährige Diplom-Ingenieur. Fahlbusch ist seit über 30 Jahren in Umwelt- und Energieverbänden tätig und hat bereits mehrere Bücher zur Energiewende veröffentlicht. Seine Forderung: „Was wir jetzt brauchen, ist kein neuer Flickenteppich auf dem Flickenteppich, sondern eine glaubwürdige Lösung, ein echtes Förderprogramm. Und genau ein solches haben wir der Bundesregierung und den Wirtschaftsunternehmen nun vorgelegt.“

Aus Sicht von Fahlbusch sind vor allem Kaufanreize wichtig, um den Markt anzukurbeln. Abhängig von der elektrischen Reichweite sollten Käufer von



Die Hersteller investieren viel Geld und Zeit in E-Automobile, doch der Marktdurchbruch lässt bisher auf sich warten.

Archivfoto: dpa

elektrischen Fahrzeugen mit bis zu 5000 Euro pro Gefährt bezuschusst werden. Finanziert werden soll das Ganze je zur Hälfte durch eine erhöhte CO<sub>2</sub>-Abgabe für verursachende Wirtschaftsunternehmen bis 2020 und aus dem Bundeshaushalt. Zahle jedes Unternehmen zusätzlich fünf Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>, brächte dies laut EnORM etwa 3,65 Milliarden Euro ein. Kämen weitere 3,65 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt hinzu, ergebe dies jährlich 7,3 Milliarden Euro an Fördermitteln – knapp anderthalb Millionen Elektrofahrzeuge ließen sich pro Jahr mit jeweils 5000 Euro bezuschussen.

„Das Förderprogramm hätte einen doppelten Effekt“, macht Fahlbusch deutlich. Zum einen würden die CO<sub>2</sub>-Emissionsver-

ursacher bestraft, und die Elektromobilität erhielte einen positiven Schub. Die Verkaufszahlen würden garantiert – wie bei der Abwrackprämie 2009 – zunehmen, meint Fahlbusch. „Steigende Absatzzahlen bei den Herstellern führen wiederum dazu, dass die Preise für Elektrofahrzeuge zurückgehen“, glaubt er.

Gespräche laufen

Und die Bundesregierung scheint durchaus nicht abgeneigt: „Ich halte neben steuerlichen Anreizen eine Kombination aus einer verpflichtenden Quote für E-Fahrzeuge verbunden mit einem staatlichen Kaufzuschuss für vernünftig“, hat Bundesumweltministerin Barbara Hendricks unlängst erklärt und angekündigt, sich

**ENTWICKLUNG**

- Im August 2009 stellte die Bundesregierung den „Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität“ vor.
- Das Ziel: Eine Million Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen bis zum Jahr 2020, sechs Millionen bis 2030.

innerhalb der Bundesregierung dafür einzusetzen.

„Wir wissen, dass solche Gespräche in Berlin laufen“, betont Fahlbusch. In Bezug auf die tatsächliche Umsetzung seines Vorschlags oder eines ähnlichen ist der 58-Jährige jedoch zurückhaltend. „Ich kenne die grundsätzliche Kontraststellung von Industrie und Wirtschaft gegen Mehrabga-

ben aus Erfahrung.“ Andererseits sind die deutschen Autohersteller, allen voran BMW, Daimler und VW, in Sachen Elektromobilität nach anfänglicher Zurückhaltung mittlerweile auf dem Vormarsch.

Darüber hinaus zieht der Energie-Experte weitere Möglichkeiten in Betracht. Sowohl ein bundesweites Verleihsystem für Elektrofahrzeuge als auch eine stärkere Ausstattung des Personennahverkehrs mit Elektrofahrzeugen wären denkbar. Zudem könnten auch Fahrschulen als Vorbilder und Multiplikatoren dienen. Jährlich werden rund eine Million Fahrschüler in 13 000 Fahrschulen ausgebildet. Ein enormes Kundenpotenzial, wenn man diese dazu bringen könnte, künftig elektrobetrieben zu fahren.

## Gesellschaft braucht freiwillige Helfer

**EHRENAMTSKARTE** Staatssekretär und Bürgermeister unterzeichnen Kooperationsvereinbarung für VG Sprendlingen-Gensingen

Von Bernhard Brühl

**VG SPRENDLINGEN-GENSINGEN.** Sie ist da und ab sofort auch in der VG-Sprendlingen-Gensingen erhältlich – die Ehrenamtskarte Rheinland-Pfalz. Als 42. Kommune hat die VG die Karte eingeführt. Der Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Clemens Hoch, und Bürgermeister Manfred Scherer unterzeichneten im VG-Verwaltungsgebäude in Sprendlingen eine entsprechende Kooperationsvereinbarung.

Mehr Vergünstigungen

„Unsere Gesellschaft lebt davon, dass sich Menschen freiwillig engagieren. Das sehen wir gerade aktuell bei dem großartigen ehrenamtlichen Engagement in der Flüchtlingsbetreuung. Wir können es nicht hoch genug schätzen und anerkennen, dass sich in Rheinland-Pfalz so viele Menschen ehrenamtlich engagieren und Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen. Deshalb hat Ministerpräsidentin Malu Dreyer vor einem Jahr die landesweite Ehrenkarte eingeführt“, sagte der Chef der Staatskanzlei. Mit der Ehrenamtskarte wolle das Land gemeinsam mit den teilnehmenden Kommunen den Ehrenamtlichen für ihr Engagement danken und ihnen die verdiente Anerkennung zukom-



Jetzt kann auch die Verbandsgemeinde Sprendlingen-Gensingen engagierten Bürgern mit der Ehrenamtskarte eine Anerkennung verleihen. VG-Bürgermeister Manfred Scherer (v.l.) mit Najghan Can und Staatssekretär Clemens Hoch nach der Unterzeichnung der Vereinbarung.

Foto: Thomas Schmidt

men lassen. Rund 80 Kommunen hätten bereits ihr Interesse bekundet. „Je mehr Städte und Gemeinden die Ehrenamtskarte einführen, desto mehr Vergünstigungen können landesweit angeboten werden. So können mit der Ehrenamtskarte zum Beispiel auch in Trier Vergünstigungen genutzt werden. „Ich möchte allen Ehrenamtlichen hier in der VG Sprendlingen-Gensingen für ihren Einsatz danken und ihnen viel Freude bei der Nut-

zung der Ehrenamtskarte wünschen“, so der Staatssekretär.

Auch Bürgermeister Manfred Scherer betonte, dass gerade in der heutigen Zeit die Gesellschaft auf ehrenamtliche Helferinnen und Helfer angewiesen sei, da sich beispielsweise familiäre Beziehungen und Bindungen verändert hätten und viele Menschen auf sich alleine gestellt seien. Scherer zeigte sich beeindruckt von den vielen ehrenamtlichen Helfern, die in den Vereinen tätig sind, die

Nachbarschaftshilfe leisten oder sich in der Flüchtlingshilfe engagieren. Besonders hob Scherer das Engagement der Feuerwehrkameradinnen und -kameraden hervor. „Sie rennen hinein, wenn wir raus rennen und springen selbst nachts bei Alarm aus dem Bett.“ Auch durch die Projektwerkstatt „Ich bin dabei“ konnten viele ehrenamtliche Helfer hinzugewonnen werden, die dadurch auch „Gemeinschaft“ für sich entdeckt haben. Scherer: „Dafür

möchte ich meinen herzlichen Dank aussprechen und sie mit der Ehrenamtskarte würdigen.“

Erhalten kann die Ehrenamtskarte, wer mindestens 16 Jahre alt ist, sich durchschnittlich mindestens fünf Stunden pro Woche oder 250 Stunden im Jahr ehrenamtlich engagiert und dafür keine pauschale finanzielle Entschädigung erhält.

Beantragt werden kann die Karte bei der Energieagentur in Sprendlingen, Gertrudenstraße 11. Es muss ein Antragsformular ausgefüllt werden, das entweder vor Ort oder auch auf der Webseite [www.wir-tun-was.de](http://www.wir-tun-was.de) im Bereich der Ehrenamtskarte zu finden ist. Der Verein oder die Organisation muss das ehrenamtliche Engagement und den zeitlichen Umfang auf dem Formular bestätigen. Der Antrag wird dann an die Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung in der Staatskanzlei weitergeleitet. Dort wird die Ehrenamtskarte kostenlos ausgestellt und der betreffenden Kommune übersandt.

Mit der Karte gibt es eine 50-prozentige Ermäßigung für das Hallenbad Gensingen und das Freibad Sprendlingen sowie eine 20-prozentige Ermäßigung für das Ausleihen von E-Bikes. Alle landesweit gültigen Vergünstigungsangebote sind im Internet unter [www.wir-tun-was.de](http://www.wir-tun-was.de) einsehbar.